

Senatsbeschlüsse

über die 171. Sitzung des Senats

am 07.08.2018, 11:15 Uhr

- 4168.) Integration des geplanten Polizeikommissariats West im Rahmen des Neubauprojekts Straßenbahndepot Gröpelingen der Bremer Straßenbahn AG
(Vorlage 2249/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2249/19 den Sachstand zum geplanten Polizeikommissariat West im Kontext des Neubauvorhabens der BSAG in Gröpelingen zur Kenntnis und stimmt der Durchführung der Planung zu.
2. Der Senat bittet den Senator für Inneres, das Liegenschaftskonzept der Polizei Bremen auf Basis der Reform 2600 und des Personalaufwuchses im III. Quartal 2018 dem Senat vorzulegen.
3. Der Senat bittet den Senator für Inneres die haushaltsrechtlichen Beschlüsse zur Finanzierung der Planungskosten einzuholen und die Ergebnisse der Kostenberechnung sowie die geplante Finanzierung der Baumaßnahme bis Ende 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.
4. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „B. Lösung“ der vierte Absatz ersatzlos gestrichen und im nun neuen vierten Absatz die Wörter „Vor diesem Hintergrund“ durch das Wort „Es“ ersetzt werden.

- 4169.) Änderung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter
(Vorlage 2250/19)
-

Beschluss:

Der Senat setzt die Beratung bis zum 14. August 2018 aus.

- 4170.) Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens
"Mehr Demokratie beim Wählen – unseren Einfluss sichern und stärken"
(Vorlage 2251/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat lässt das Volksbegehren "Mehr Demokratie beim Wählen – unseren Einfluss sichern und stärken" in der Fassung der Änderungen vom 5. Juli 2018 und 26. Juli 2018 gemäß § 12 BremVEG zu.
2. Der Senat bittet den Präsidenten des Senats, unverzüglich die Vertrauensperson des Volksbegehrens – Frau Katrin Tober – sowie den Landeswahlleiter über die Zulassung des Volksbegehrens entsprechend der Ziffer 1 zu unterrichten und den Landeswahlleiter zu ersuchen, gemäß § 13 BremVEG die Zulassung des Volksbegehrens im Amtsblatt bekanntzumachen.

- 4171.) Landesausschuss für Berufsbildung
Änderung der Besetzung für die 12. Amtsperiode
(Vorlage 2252/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat beruft Frau Frauke Schüdde-Schröter, Frau Anke Detering und Herrn Peter Gottwald als Mitglieder des LAB ab.
2. Der Senat beruft Frau Angelika Hanauer und Herrn Stephan Rademacher zu Mitgliedern des LAB.

- 4172.) Armutspolitik in Bremen - Bilanzierung bisheriger Maßnahmen zur
Beförderung von Teilhabe und sozialem Zusammenhalt sowie Empfehlungen
für zukünftige Strategieentwicklung (Bericht des Instituts Arbeit und
Wirtschaft (IAW))
(Vorlage 2253/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2253/19 den Bericht des
Instituts Arbeit und Wirtschaft „Bilanzierung bisheriger Maßnahmen zur
Beförderung von Teilhabe und sozialem Zusammenhalt sowie
Empfehlungen für zukünftige Strategieentwicklung“ zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration
und Sport, die Handlungsempfehlungen und Analysen der Bilanzierung
sowie die daraus resultierenden Schlussfolgerungen unter Beteiligung
der Ressorts SKB, SWAH und SUBV im 3. Armuts- und
Reichtumsbericht zu berücksichtigen.
3. Darüber hinaus stellt der Senat fest, dass unter „B. Lösung“ unter dem
Punkt „3. Stellungnahme des Senats zur Bilanzierung des IAW“ am
Ende des ersten Absatzes folgender Text eingefügt wird:

„Auch die getroffene Aussage des IAW dass Bremen von einer starken
Abwanderung der deutschen Bevölkerung betroffen ist, ist überzeichnet.
Bremen verzeichnet zwar einen leicht negativen Saldo, allerdings nicht
wegen zunehmender Abwanderung der deutschen Bevölkerung, sondern
wegen fehlender Zuwanderung.“

4173.) "Entwicklung des Theaters Bremen"
(Große Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2254/19)

Beschluss:

1. Der Senat stellt fest, dass unter „D. Finanzielle...“ der folgende Text eingefügt wird:

„Eine Befragung 2011 hat ergeben, dass 63% der damaligen Besucher*innen weiblich waren. In anderen Spielzeiten gibt es keine Erhebung dazu.“

2. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage des Senators für Kultur vom 17. Juli 2018 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. Mai 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4174.) Umgestaltung "Osterfeuerberger Ring" zwischen "Auguststraße"
und "Kreisel Utbremer Ring"
Bereitstellung von Baumitteln
(Vorlage 2255/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2255/19 die Kostenermittlung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und der dargestellten Finanzierung der Maßnahme zu.
2. Der Senat stimmt der Erteilung einer veranschlagten Verpflichtungsermächtigung von 5,850 Mio. Euro zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Beschlussfassung in der Fachdeputation und im Haushalts- und Finanzausschuss herbeizuführen.

- 4175.) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften
(Vorlage 2256/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2256/19 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

- 4176.) "Zur Situation der Lehrkräfte für Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik an den Schulen in Bremen und Bremerhaven"
(Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 2257/19 und Neufassung der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 03.08.2018)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Kinder und Bildung vom 3. August 2018 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD vom 28. Juni 2018 sowie die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis mit der Maßgabe folgender Änderung:

In der Antwort auf Frage1 wird am Ende des ersten Absatzes der folgende Text ergänzt:

„Im „Personalentwicklungskonzept für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven“, das der Deputation für Kinder und Bildung (am 6. September 2017) und der Bremischen Bürgerschaft (am 21. Februar 2018) vorgelegt wurde, hat der Senat dargelegt, mit welchen komplexen und vielfältigen Maßnahmen dem Lehrkräftemangel insbesondere auch im Bereich der Sonderpädagogik aktiv entgegengewirkt wird.“

4177.) Konzept "Beitragsfreiheit in Kindergartengruppen im Land Bremen"
(Vorlage 2258/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2258/18 das von der Senatorin für Kinder und Bildung vorgelegte Konzept zur Kita-Beitragsfreiheit zur Kenntnis und beschließt die Mitteilung des Senats sowie deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).
2. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung die notwendigen Umsetzungsschritte zur Sicherstellung der Beitragsfreiheit in der Kindertagesbetreuung und Kindertagespflege ab dem dritten Lebensjahr im Land Bremen einzuleiten und dem Senat bis Ende 2018 zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen nach Abschluss der Bund-Länder Verwaltungsvereinbarung zur Umsetzung des Gute-KiTa Gesetzes ein Finanzierungskonzept für das Haushaltsjahr 2019 bis Ende 2018 vorzulegen.
4. Der Senat bittet die Senatorin für Kinder und Bildung im ersten Quartal 2019 über den Prozess und erreichten Arbeitsstand zur Etablierung eines Bremischen Kita-Qualitäts- und Finanzierungsgesetzes dem Senat zu berichten.
5. Darüber hinaus stellt der Senat fest,
 - dass unter „B. Lösung“ und in der Mitteilung des Senats
 - unter dem Punkt 1.1. bei der Aufzählung „Gegen eine nur teilweise Beitragsfreiheit sprechen“ im zweiten Spiegelstrich das

Wort „weiterhin“ ersatzlos gestrichen wird.

- unter 2.1. im zweiten Satz des zweiten Absatzes das Wort „nachdem“ in „nach denen“ und das Wort „soll“ in „sollen“ geändert werden.
- unter 2. „Kosten“ im zweiten Satz des ersten Absatzes das Wort „wird“ in „werden“ geändert wird.
- unter 3.1. unter der Überschrift „BremKitaQFG“ im ersten Satz das Wort „Gesetzt“ in „Gesetz“ geändert wird.
- im letzten Satz des vorletzten Absatzes die Wörter „im Hinblick auf Bremerhaven“ ersatzlos gestrichen werden.
- unter „D. Finanzielle...“ im zweiten Absatz nach der Tabelle nach dem Wort „geprüft“ die Wörter „und unter den Beteiligten abgestimmt“ eingefügt werden.